

Mietrecht „Werterhaltung muss gewährleistet sein“ Ablehnung und neuer Zunder

Wien. Die Themen Mietpreise und Maklerhonorierung werden von der Politik und Interessensvertretern immer wieder zur Diskussion gebracht – und die ist noch lang nicht vorbei. Die jüngste Wortmeldung ist von Georg Spiegelfeld, Vorstand des Immobilienrings IR, Österreichs größtem Maklernetzwerk, der dem Wiener Stadtrat Michael Ludwig Rosen streut. Die marktübliche Bruttomiete der angebotenen Wohnungen des zur



© Spiegelfeld

Spiegelfeld: „Grundbedürfnis Wohnen darf nicht zum Politik-Spielball werden.“

Wiener Stadtregierung zählenden Unternehmens Wiseg habe Ludwig damit argumentiert, dass ansonsten keine notwendigen Investitionen getätigt werden könnten. „Das bestätigt unsere jahrelange Forderung, dass mit Richtwertmieten und Friedenskronenzins keine substanzielle Werterhaltung von Zinshäusern getätigt werden kann“, so Spiegelfeld. „Wir müssen auf transparentem Niveau mit Experten aus Unternehmen, Netzwerken und Interessensvertretungen über neue, vertretbare Lösungen nachdenken.“

SPÖ-Entwurf abgelehnt

Der zuvor präsentierte SPÖ-Entwurf für ein Universal-Mietrecht ist in der Branche auf massive Ablehnung gestoßen. Der Immo-Fachverband in der WKO und der Österreichische Verband der Immowirtschaft kritisierten die Eigentumsfeindlichkeit und Realitätsferne, Schützenhilfe gab es dagegen von der Arbeiterkammer (AK), den Grünen und Mietervereinigung. Freiheitliche und Neos zeigten sich skeptisch, der Koalitionspartner ÖVP gab sich reserviert.